Beschluss der
Landesdelegiertenkonferenz
Güstrow - 24. Februar 2018

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
MECKLENBURG-VORPOMMERN

Landgrabbing verhindern – Für mehr landwirtschaftliche Wertschöpfung im Land

Ein zunehmend großer Anteil des Bodens Mecklenburg-Vorpommerns befindet sich gegenwärtig in der Hand überregionaler Investoren. Große Flächen sind nicht im Besitz landwirtschaftlicher Betriebe sondern in branchenfremder Hand.

Im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte beispielsweise sind zwischen 2007 und 2017 44 Unternehmen durch neue Mehrheitseigentümer übernommen worden, davon 35 durch überregional aktive Investoren. Diese Unternehmen waren zuvor alle in Händen regional aktiver Unternehmer.[1] Im gesamten Bundesland besitzen überregionale Investoren die Kapitalmehrheit in 41% der landwirtschaftlichen Betriebe, Tendenz steigend.

Aus diesem Umstand ergibt sich ein Abfluss an Mitteln, vor allem EU-Direktzahlungen, aus der Landwirtschaft sowie aus unserem Bundesland. Dies führt zu einer Schädigung der Agrarstrukturen. Überregionale Investoren stehen häufig für die Verdrängung ortsansässiger Betriebe, eine mangelnde Verantwortung für die Dörfer sowie fehlende Nachhaltigkeit und fehlenden Naturschutz.

Aber auch viele regionale Betriebe verfügen über enormen Bodenbesitz und sind bestrebt diesen zu erweitern. Die Konzentration von Werten führt dazu, dass junge Menschen, die in die Landwirtschaft einsteigen wollen, chancenlos sind, u.a. weil der Boden ausschließlich zu Höchstpreisen vergeben wird.

Wir fordern die Landesregierung auf, den rechtlichen Rahmen für eine Prüfung von Anteilskäufen (share deals) zu schaffen. Ziel muss es sein, die Wertschöpfung im Land zu generieren.

Durch den Aufkauf von Betrieben oder Betriebsanteilen wird der Käufer indirekt auch Eigentümer der Fläche. Er umgeht damit die sinnvollen Regelungen zum Bodenerwerb. Wir fordern die Landesregierung auf, diese Unterwanderung des Grundstückverkehrsgesetzes zu beenden.

---

[1] Tietz A (2017), Überregional aktive Kapitaleigentümer in ostdeutschen Agrarunternehmen: Entwicklungen bis 2017. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Thünen Rep 52, ISBN 978-3-86576-172-9

Wir wollen für das Land unwirtschaftliche share deals sowie weitere Konzentrationsprozesse bezüglich des Bodenbesitzes verhindern.

Wir wollen, dass der zukünftig zum Verkauf stehende Boden sowie die gegenwärtig noch zur Verfügung stehenden 40.000 ha (BVVG) in die Hände regionaler, kleiner Akteure fallen. Die Entwicklung kleiner Betriebe mit neuen Ideen zur Wertschöpfung muss möglich werden.

Wir fordern die Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH auf, ihr Vorkaufsrecht zu nutzen, den erworbenen Boden diesen Akteuren anzubieten oder den Verkauf der verbliebenen Flächen zu stoppen und diese steuernd zu verpachten.